

# Dresdner Volkszeitung

Herausgeber: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: G. K. Kämpf, Dresden  
und Schriftf. Ernst

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Wagnispreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Woll und Seil“ für einen halben Monat 1 Mk.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Kompositzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Kompositzeile 1,50 Mk., für auswärtsige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsuche  
40 Proz. Rabatt. Für Fernüberlegung 10 Pf.

Nr. 230

Dresden, Sonnabend den 2. Oktober 1926

37. Jahrg.

## Nationale Quertreibereien

Von Stadtrat Heinrich Bed

Der bekannte Dresdner Demokrat und Vorsitzende  
der Liga für Völkerverbund (Dresden) laudiert uns vor  
einigen Tagen nachstehenden Artikel, den wir gewissen  
Nach-Republicanismen zu besonderer Beachtung empfehlen.

Poincaré hat in St. Germain bei der Lösung der  
Kriegsschuldenfragen und in Paris vor dem dortigen  
Generalrat gehalten, die das Verhältnis der früheren  
kaiserlichen Regierung, insbesondere die Verantwortlichkeit  
dieser für den Krieg berührten, und hat dabei dem lebhaften  
Lobpreis Ausdruck gegeben, mit dem heutigen republikanischen  
Deutschland zur Verständigung zu gelangen. Er be-  
tonte, um wieviel leichter die Verständigung erzielt würde,  
wenn die deutsche Republik einen klaren Schnitt zwischen  
sich und der kaiserlichen Regierung machte und sich nicht  
ständig vor deren Taten stelle. Darob große „nationale“  
Entrüstung in patriotischen Kreisen. „Kriegsschuldfrage“,  
„Nobelpreis“ das Echo in vaterländischen Blättern. Was  
heißt diesen Kreisen an Völkerverbund und Völker-  
verständnis! Wo würden dann die nationalen Ruhmes- und  
Heldentaten, die Ehre unseres Volkes bleiben, wenn sich die  
Völker auf friedlichem Wege verständigten! Und so ver-  
suchen sie die eben aufsteigende Pflanze der Verständigung  
mit stumpfen nationalistischen Fingern zu zerstören.

Leider halten sich auch Plätter, die auf republikanischem  
Boden stehen, für verpflichtet, wenn die alte kaiserliche Re-  
gierung angegriffen wird, zu ihrer Verteidigung aufzutreten,  
und verfallen in den Fehler, Angriffe auf diese als Angriffe  
auf das deutsche Volk anzusehen. Was haben wir Republikaner  
aber für Veranlassung, das unverantwortliche Treiben  
unter Wilhelm II. in Schutz zu nehmen? Haben wir irgend-  
einen Grund, die Kriegsschulden der Alldeutschen und der  
Republikaner zu beschönigen, wollen wir irgendeine Ver-  
antwortung für die Weltmacht-, Schwert- und Treib-  
reden Wilhelm II. übernehmen? Gewiß, die nationalen  
Kreise, deren Treiben mit Unschuld am Krieg sind, haben  
das höchste Interesse, den Unterschied zwischen der alten  
kaiserlichen Regierung, in der ihr Einfluß maßgebend war,  
und dem heutigen Deutschland zu verdeutlichen, um zu  
unserm Deutschlands Ehre sei angegriffen. Um so not-  
wendiger ist es, diesen Verdunklungsversuchen gegenüber  
klarheit zu schaffen. Das neue Deutschland muß viel ent-  
schärfter von den Taten der alten kaiserlichen Regierung  
als dem Treiben der rechtsstehenden Opposition abgrenzen  
und hat nur keine Veranlassung, einen Angriff auf diese als  
auf sich gerichtet anzusehen. Auch innerpolitisch gesehen ist  
es völlig falsch, für die Unschuld dieser Kreise aufzutreten.  
Die Veröhnung und die Verständigung mit unsern früheren  
Gegnern wäre viel leichter, wenn wir den Teil der Schuld  
am Krieg, der auf Wilhelm II. und den reaktionären Par-  
teien lastet, glatt zugeben. Das ist kein Bekenntnis der  
Reinlichkeit, das ist keine Befreiung unseres Volkes, das ist  
ein Abschütteln der Kriegsschulden, das das Ausland schon seit  
langem von uns erwartet hat. Mit allen Mitteln ist von  
diesen Gruppen im kaiserlichen Deutschland die Verberr-  
lichung des Krieges und des Militärs betrieben und jeder  
Versuch einer Völkerverständigung mit Spott und Hohn  
überworfen worden. Mögen sie den Teil der Kriegsschuld,  
der auf sie fällt, auf sich nehmen, das deutsche Volk in seiner  
Gesamtheit hat seinen Grund, diesen Landesfeindschaften,  
die Deutschland unter den Völkern verhaßt gemacht haben, die  
Schuld zu erleichtern. Um die übrige Bevölkerung auf ihre  
Seite zu ziehen, wird die Anschuldigung verbreitet, daß mit dem  
Aufgeben der „Kriegsschuldfrage“ die Verpflichtung Deutsch-  
lands zur Zahlung der Reparationskosten aufhören würde.  
Auch hier die tatsächlichen Verhältnisse klarzulegen, ist drin-  
gend notwendig, weil diese Behauptung für viele ausschlag-  
gebend ist, auf die Beilegung der sogenannten Kriegsschuld  
zu drängen.

Zunächst: Von einer Allschuld Deutschlands ist im  
Vertragsvertrag von Versailles nirgends die Rede, selbst das  
Wort Schuld in der Bedeutung Kriegsschuld kommt in diesem  
Vertrage nicht vor; zugegeben aber muß werden, daß im  
Interesse einer baldigen Aussöhnung aus § 231 des  
Vertrages das gestrichen werden muß, das Deutsch-  
land moralisch belastet.

Worauf gründet sich die Verpflichtung zur Zahlung der  
Reparationskosten? Als Deutschland nach vierjährigem  
Kampfe unter der feindlichen Übermacht am Ende seiner  
Kräfte war, verlor die Seereschiffahrt gegen den Willen der  
Alldeutschen die sofortige Herausgabe des Friedens-  
angebotes, und zwar die Vermittlung desselben durch Wilson.  
Die kaiserliche Regierung hat dann Wilson erludt, einen  
Frieden auf Grund der von ihm festgelegten vierzehn Punkte  
herbeizuführen. (Ansprache an den Kronrat vom 8. Jan-  
uar 1918.) Die hier einschlagenden Punkte sind Punkt 7:  
„Der ganze Erdball ist in der Ueberzeugung eines, daß Belä-  
stigungen, wiederhergestellt werden und in keinen souve-  
ränen Staaten unangefastet bleiben muß.“ Punkt 8:  
„Frankreichs Land muß frei und dessen verbeerbter Teil wieder  
aufgebaut werden.“

Wilson's Antwort (durch Lansing) vom 25. Oktober 1918  
enthält die einschlägigen Worte: „Nachdem der Präsident der  
Vereinigten Staaten die feierliche und deutliche Erklärung  
der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltlos die  
Verpflichtung für den Frieden annimmt, welche er in seiner  
Ansprache vom 8. Januar 1918 an den Kronrat der Verei-  
inigten Staaten niedergelegt hat...“ wird er den Frieden  
vermitteln.

Es gründet sich also die Verpflichtung zur Tragung  
der Reparationskosten (wie auch der Abtretung Elsaß-Loth-  
ringens, Punkt 8, des freien Zugangs des Volkes zum Meer,  
Punkt 13, usw.) auf das Angebot der kaiserlichen Regierung,  
das sie auf Trümen und unter Zustimmung Hindenburgs  
und Ludendorffs abgegeben hat. Dieses Angebot zur Ueber-  
nahme der Reparationsverpflichtungen usw. ist ohne jedes  
Bekenntnis einer Kriegsschuld und ohne jeden Bezug auf die-  
selbe abgegeben worden, und die übernommene Verpflichtung  
besteht demnach auch bei Beilegung der „Kriegsschuldfrage“.

Die Kreise läugnen also, welche glauben, durch Be-  
schränkung der Kriegsschuldfrage die Reparationsverpflich-  
tungen aufzuheben. Der Weg zur Beilegung oder Wille-  
rung der Reparationskosten, wie zur Revision des Friedens-  
vertrages überhaupt, führt über den Völkerverbund, und alles,  
was das friedliche Zusammenarbeiten im Völkerverbund stört,  
hält Deutschland in seinem Aufstieg zurück. Leider ist von  
den „nationalen Parteien“ in dieser Richtung viel geschändet  
worden, und auch heute ist der Einfluß ihrer Kreise höchst  
unheilvoll.

## Vogelfrei!

Mussolini verfehlt seine ehemaligen Freunde — Mussolini als Anstifter eines politischen Einbruchs

E. Rom, 2. Oktober. (Sig. Junkbrud.) Fünfzehn  
Italiener, die als politische Flüchtlinge ihr Vaterland verlassen  
mussten, sind jetzt von der italienischen Staatsgewalt ihrer  
italienischen Staatsangehörigkeit für ver-  
lustig erklärt worden. Darunter befinden sich der frühere  
Pressesekretär Mussolinis, Rossi, der frühere Privat-  
sekretär Mussolinis, Acciari, der frühere Herausgeber des  
Nouvo Paese, Ciccotti, und der frühere Herausgeber des  
Corriere Italiano, des Blattes der italienischen Emigranten  
in Paris und außerdem Universitätsprofessor Salvini  
und der Abgeordnete Rocca. Die Tribuna verlangt, daß  
auch der ehemalige Ministerpräsident Ritti der Staats-  
angehörigkeit für verlustig erklärt wird.

die Ausweisung der Emigranten zu fordern,  
womit er übrigens glatt abfiel.

Unter den zu erwartenden Enthüllungen befindet sich  
u. a. eine Darstellung, die gerade für deutsche Leser von be-  
sonderem Interesse ist, weil sie den Einbruch betrifft, der vor  
einigen Jahren in die deutsche Postfach in Rom verbracht  
wurde, über den die deutsche Presse seinerzeit berichtet hat.  
Dieser Einbruchverlauf ist darauf zurückzuführen, daß  
Mussolini erfahren hatte, daß in einem Geldschrank  
der deutschen Postfach ein weißer Umschlag enthielt,  
der für einige politische Persönlichkeiten in  
Italien (man weiß auch für wen!) einige sehr kompromittierende  
Dokumente enthielt. Mit Hilfe eines ungetreuen  
Dieneres der Postfach verschaffte sich die römische Polizei Nach-  
schlüssel zur Postfach. Doch spielte der Diener eine Doppel-  
rolle, verriet Mussolini und benachrichtigte den Posthalter,  
Freiherrn von Neurath. In der Nacht zum 4. März 1923,  
in der der Anschlag erfolgen sollte, versteckte sich der Post-  
halter, dessen Sohn und zwei Beamte der Postfach, die mit  
Revolvern bewaffnet waren, im Garten der Postfach. Nach  
einiger Zeit sahen sie zwei Leute durch eine Rebentür in den  
Garten eindringen, während drei Schmiere standen. Die  
beiden Männer, die im Besitz eines Planes des Hauses waren,  
gingen auf den Geldschrank zu, machten ihn auf und bemäch-  
tigten sich des berühmten Umschlages — der allerdings nur  
noch unbeschriebene Blätter enthielt — und gingen  
wieder hinaus. Doch stiegen sie jetzt auf den Sohn des Post-  
halters und dessen Begleiter, die sie festnahmen. Es stellte  
sich heraus, daß die Einbrecher ein Carabinieri-Hauptmann  
und ein Polizeikommissar waren. Die drei andern Unter-  
offiziere der Carabinieri ergriffen die Flucht.  
Der Posthalter entließ die beiden Festgenommenen erst,  
nachdem er auf Grund ihrer Geständnisse ein Protokoll auf-  
gesetzt hatte, das ein hoher Beamter des italienischen An-  
wärtigen Amtes — an dessen Spitze Mussolini stand — gegen-  
ständiglich gezwungen wurde. Im Berliner Auswärtigen  
Amt gibt es einen eingehenden Bericht des Posthalters von  
Neurath über dieses seltsame Abenteuer.

## Eiseninternationale und Wirtschaftsdemokratie

Uns wird geschrieben:

Der am Donnerstag zustande gekommene internationale  
Eisenpakt ist nach zwei Seiten hin von grundsätzlicher Be-  
deutung:

1. Die westeuropäischen Länder, Deutschland, Frank-  
reich, Luxemburg und Belgien, haben sich in einer der wich-  
tigsten Industrien zur gemeinsamen Arbeit entschlossen. Mit  
Recht bewertet man diesen Schritt als die wirtschaftliche Er-  
gänzung des Werkes von Locarno und Thoiry, und es ist  
kein geringerer als Genosse Louis de Broquiere, der  
Führer der belgischen Delegation beim Völkerverbund, der darin  
das solide Fundament einer Wirtschaftssolidarität der Völker  
erblickt. Man darf auch annehmen, daß im Rahmen des  
Eisenpaktes früher oder später ganz bestimmte Abmachungen  
über die Rohstoffversorgung getroffen werden. So sollen  
z. B. die Verhandlungen über den Austausch von westfälischer  
Rohle und westfälischem Stroh gegen lothringisch-französische  
Minerale sehr weit gediehen sein. Kommt ein solcher Aus-  
tausch zustande, so bedeutet er allerdings in stark erweitertem  
Ausmaß die Wiedergeburt des alten rheinisch-lothringischen  
Produktionsbündes der Ardor, Aachen und Thoiry; mit  
ihm dürfte ohne Zweifel die Reorganisation der europäischen  
Mittel- und Bewirtschaftung und ihres Arbeitsmarktes, wenn  
auch nur in den Grundzügen, so doch in ihrem schwierigsten  
Teil, erfolgreich eingeleitet sein. Das ist eine Entwicklung,  
für die die europäische Arbeiterschaft in ihrem ureigensten  
Interesse eingutreten hat. Diese Einsicht hat auch zweifellos  
die Opposition in der Arbeiterschaft gegen den Eisenpakt aus-  
gehöhlt.

2. Das beteiligte Unternehmertum hat sich weniger von  
den idealen Zielen einer internationalen Wirtschaftssoli-  
darität leiten lassen, zum mindesten nicht in erster Linie. Bei  
den ganzen Verhandlungen stand die Preisfrage für  
Eisen und Stahl im Vordergrund. Der Rückgang des  
Eisenverbrauchs nach dem Kriege schuf die Ueberproduktion  
in der europäischen Eisenwirtschaft, und das drückte natur-  
gemäß auf die Preise. Als Deutschland nach Valuta-  
Dumpingland war, machten bereits die französischen Eisen-  
leute den Vorschlag einer Verständigung über die Preisfrage.  
Zu einer praktischen Erörterung des Vorschlages kam es

jedoch nur in ganz unverbindlicher Form. Als das Valuta-  
Dumping von Deutschland nach den Frankländern wechselte,  
waren es die Deutschen, die den französischen Vorschlag vom  
Jahre 1919 aufgriffen, und dieser wurde von den Franzosen  
bereitswillig angenommen. Marktfragen, insbesondere näch-  
ster Preisfragen, sind also die treibenden Kräfte bei dem  
Abschluß des internationalen Eisenpaktes gewesen, wie auch  
die Verhandlungen über den Austausch von Erz gegen Kohle  
auf die bekannten Kalamitäten zurückzuführen, daß der eine Teil  
nicht weiß, was er mit seinen Rohstoffen anfangen soll, und  
der andre Teil die Absatzfindungen in den lothringischen Erz-  
gruben fürchtet. Dem entspricht der Fakt in seinen Grund-  
zügen. Er steuert auf die sogenannte Stabilisierung, d. h.  
Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise, hin, und zwar auf  
Grundlage einer Anpassung des Verbrauchs an die Pro-  
duktionskapazität der Eisen- und Stahlindustrie in den be-  
teiligten Ländern.

Mit den ersten Auswirkungen der Politik der verrin-  
gerten Produktion und der übersteigerten Preise dürfte man  
auch in kürzester Zeit zu rechnen haben, und zwar dürften  
hier die deutschen Werke nach dem Befinden in der nationa-  
len Organisation, der Rohstoffgemeinschaft, erprobten  
Mittel-Schrittmarker werden. Ob man das nur durch die  
Erhöhung des Preises für Exporteisen erreichen kann, ist an-  
gehts der Lage auf dem europäischen Eisen- und Stahl-  
markt durchaus fraglich. Man müßte demnach, was man  
auch mit Recht in den Reihen der Eisenhändler und der eisen-  
verarbeitenden Industrie beifindet, abermals auf eine  
Erhöhung des Eiseninlandspreises zurück-  
greifen. Wenn das geschieht, ist die Argumentation der  
Rohstoffgemeinschaft, eine Erhöhung des Eisenpreises sei für  
die eisenverarbeitende Exportindustrie ohne wirtschaftliche  
Folgen, sobald der Eisenpreis für ausländische Konkurrenz  
auch erhöht wird, billige Ausrede; denn nur ein verhältnis-  
mäßig geringer Teil der Produktion aus der eisenverar-  
beitenden Industrie Deutschlands geht nach dem Ausland, wäh-  
rend der Beschäftigungsgrad und die Rentabilität der Werke  
durchweg von dem Verbrauch im Lande abhängen, für den die  
absolute Preishöhe ausschlaggebend ist.

Besteht ist die grundsätzliche Politik in der Rohstoff-